

Zuwanderung nach Deutschland auf Rekordhoch

Deutschland gehört weltweit zur Spitze der Zuwanderungsländer, die Zuwanderung ist so hoch wie zuletzt vor 20 Jahren. Die Bundesrepublik profitiert dabei von immer besser qualifizierten Einwanderern. Die Regierung fürchtet jedoch den Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Einwanderer und will gegen diesen gesetzlich vorgehen. Die Innenministerkonferenz hat derweil die Aufnahme weiterer 10.000 syrischer Flüchtlinge beschlossen.

Mit mehr als 1,2 Mio. Personen sind im vergangenen Jahr so viele Menschen wie zuletzt vor 20 Jahren nach Deutschland gezogen (2012: 1,1 Mio.). Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) am 22. Mai mit (vgl. Ausgabe 1/14). Aus den vorläufigen Ergebnissen der Wanderungsstatistik für das Jahr 2013 geht hervor, dass die Zuwanderung ausländischer Personen im Vergleich zu 2012 um 15 % (+142.000) gestiegen ist. Diese Personengruppe macht 90,4 % (1,1 Mio.) aller Zuzüge aus. Demgegenüber ist die Zuwanderung Deutscher, welche neben Rückkehrenden aus dem Ausland auch Spätaussiedler einschließt, mit 118.000 nahezu konstant geblieben. Obwohl auch die

Abwanderung gegenüber 2012 auf 789.000 Personen (+77.000 bzw. +11 %) leicht gestiegen ist, lag der Wanderungsüberschuss 2013 (+437.000) so hoch wie zuletzt 1993. Unverändert bilden die polnischen Zuwanderer die größte Gruppe in Deutschland (189.000).

Auch die dauerhafte Zuwanderung, von der man ab einem Aufenthalt von mindestens einem Jahr spricht, stieg laut Erhebungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) allein zwischen 2011 und 2012 um 38 %. Die Bundesrepublik profitiere dabei von gut ausgebildeten Zuwanderern (vgl. S. 5 ff.).

Debatte um Sozialmissbrauch: Nichtdeutsche Zuwanderer aus EU-Mitgliedstaaten machen nach wie vor den Großteil aller Zuzüge (727.000 bzw. 65 %) und des gesamten Wanderungsüberschusses (304.000 bzw. 66,2 %) aus. Im Vergleich zum Vorjahr wurden deutlich mehr Zuzüge als Fortzüge von Polen (72.000 bzw. +5,2 %) und Rumänen (+50.000 bzw. +10 %) sowie den Staatsbürgern der weiterhin unter der Eurokrise leidenden EU-Mitgliedstaaten Italien (+32.000 bzw. +52 %) und Spanien (+22.000 bzw. +19 %) registriert. Nach starken Anstiegen zwischen 2009 und 2012 sanken 2013 erstmals die Wanderungssaldi für Bulgarien (22.000 bzw. -13 %), Griechenland (20.000 bzw. -9 %) und Ungarn (24.000 bzw. -7 %). Der stärkste relative Anstieg von nichtdeutschen Zuwanderern ist aus dem 2013 beigetretenen EU-Mitgliedstaat Kroatien (+12.000 bzw. 1.000 %) zu verzeichnen.

In den vergangenen Monaten entstand vor diesem Hintergrund eine Debatte um den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Bürger, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien (vgl. Ausgaben 1/14, 10/13, 9/13). Presseberichten zufolge will die Bundesregierung einem solchen mit Wiedereinreiseverboten von bis zu fünf Jahren sowie Haftstrafen bis zu drei Jahren bei falschen Angaben zur Beschaffung von Aufenthaltsgenehmigungen begegnen. Obwohl der Staatssekretärsausschuss zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ einen systematischen Missbrauch von Sozialleistungen durch Neuzuwanderer nicht feststellen konnte, soll ein entsprechender Gesetzentwurf noch im Juni im Kabinett beschlossen werden (vgl. Ausgabe 3/14). Das Gesetzesvorhaben sieht auch vor, dass sich EU-Bürger zur Arbeitssuche nur dann für mehr als sechs

Inhalt

Zuwanderung nach Deutschland auf Rekordhoch	1
Städte im demografischen Wandel: Schrumpfung versus Wachstum	2
Gastbeitrag: Integration in den und durch den organisierten Sport	4
Stabile Zuwanderung in die OECD-Staaten	5
EU/Türkei: Systematische Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen	7
Irak: Über eine Million Menschen auf der Flucht	9
Kurzmeldungen	
Deutschland	2,3
Europa	5,7
Welt	8,9
Infothek	10

Dieses Projekt
wird gefördert
durch die

Monate in Deutschland aufhalten dürfen, wenn eine begründete Aussicht auf Anstellung besteht. Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, bezeichnete die Gesetzesinitiative mit Blick auf Vereinbarungen im Koalitionsvertrag als „konsequent“ (vgl. Ausgabe [10/13](#)). Dagegen warfen die Grünen der Bundesregierung aufgrund mangelnder Beweise für den tatsächlichen Missbrauch von Sozialleistungen „Rechtspopulismus“ vor.

Humanitäre Zuwanderung: Wie die Wanderungsstatistik zeigt, ist 2013 der Anteil der Zuwanderung aus Drittstaaten am gesamten Wanderungsüberschuss stark angestiegen (2012: 95.500 bzw. 25,9 %; 2013: 137.600 bzw. 31,5 %). Hierbei spielte der Anstieg humanitärer Zuwanderung eine erhebliche Rolle, meint Migrationsexperte Herbert Brücker (vgl. Ausgaben [4/14](#), [1/14](#)). Am deutlichsten lasse sich diese Entwicklung an der Zahl syrischer Einwanderer ablesen, die sich im Vergleich zu 2012 von 9.100 auf 19.800 Personen mehr als verdoppelte. Nur ein Bruchteil davon wurde im Rahmen des Kontingentverfahrens in der Bundesrepublik aufgenommen (vgl. Ausgabe [10/13](#)). Am 12. Juni beschloss die Innenministerkonferenz, das bundesweite Kontingent für die Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge um weitere 10.000 auf nunmehr 20.000 Personen zu erhöhen. Während das UN-Flüchtlingshochkommissariat die Entscheidung begrüßte, kritisierte die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl das erhöhte Kontingent als unzureichend, da bereits 76.000 Syrer eine Einreiseerlaubnis im Zuge der ersten beiden Kontingente beantragt hätten. *Stephan Liebscher*

Städte im demografischen Wandel: Schrumpfung versus Wachstum

Der demografische Wandel erfasst die gesamte europäische Gesellschaft, allerdings nicht gleichermaßen. Schrumpfungs- und Alterungsprozesse verlaufen in einzelnen Regionen Deutschlands und Europas ungleich. Migration und Bevölkerung wird sich diesen Prozessen in mehreren Beiträgen widmen. Den Anfang machen wir mit dem demografischen Wandel in den urbanen Räumen Deutschlands.

Der Urbanisierungsgrad der deutschen Bevölkerung liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 75 %. Knapp 60 % der Bevölkerung leben in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern, davon etwas mehr als die Hälfte in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Die demografische Entwicklung der urbanen Regionen verlief und verläuft jedoch sehr unterschiedlich.

Städtischer Bevölkerungsrückgang: Wie die Auswertung der Zensusdaten zeigt, liegen zwischen dem oberbayerischen Erding und dem sächsischen Hoyerswerda demografische Welten: 37 % Wachstum

Kurzmeldungen – Deutschland I

Mehr Mittel für Anwerbung junger Fachkräfte

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wird voraussichtlich mehr Finanzmittel als bislang geplant für die Anwerbung junger Fachkräfte aus dem EU-Ausland bereitstellen. Nach Informationen der Deutschen Presseagentur soll der finanzielle Rahmen des Programms MobiPro-EU auf 448 Mio. Euro ausgeweitet werden. Dies würde eine Erhöhung um rund 27 Mio. Euro gegenüber der bisherigen Finanzplanung bedeuten. Das unter dem Motto „The Job of my Life“ beworbene Programm ermöglicht EU-Einwanderern im Alter von bis zu 35 Jahren Zuschüsse für Reisekosten zu Bewerbungsgesprächen in Deutschland, eine Umzugskostenpauschale sowie die Finanzierung von Sprachkursen. Allein in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres haben rund 9.000 Interessenten eine Unterstützung beantragt. Seit Anfang April werden angesichts der hohen Zahl von Antragstellern keine neuen Anträge mehr entgegengenommen (vgl. Ausgabe [4/14](#)). Die geplante Erhöhung der Mittel steht unter dem Vorbehalt einer Zustimmung des Bundestages zum Bundeshaushalt 2015. *sta*

Einbürgerung auch ohne Sprachtest möglich

Einem Ausländer kann die Einbürgerung nicht verwehrt werden, wenn er wegen einer Krankheit, Behinderung oder seines Alters nicht die erforderlichen Deutschkenntnisse nachweisen kann. Das hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig am 5. Juni entschieden (Az. 10 C 2.14). Geklagt hatten eine Iranerin und eine Türkin, die 1988 und 1992 nach Deutschland eingereist waren und sich seither als Asylberechtigte in Deutschland aufhielten. Ihre Jahre nach der Einreise gestellten Einbürgerungsanträge wurden wegen mangelnder Sprachkenntnisse abgelehnt. Ein Amtsarzt hatte zwar bestätigt, dass sie aus gesundheitlichen Gründen zum Deutscherwerb nicht mehr in der Lage waren. Die Behörden meinten aber, dass die Frauen genügend Zeit gehabt hätten, sich die notwendigen Deutschkenntnisse anzueignen. Bereits die Vorinstanzen hatten dies als rechtswidrig bewertet, weil „die Berücksichtigung etwaiger Versäumnisse in der Vergangenheit“ im Gesetz keine Rolle spiele. Das BVerwG folgte dieser Argumentation. „Ob der Ausländer in der Vergangenheit ausreichende Sprachkenntnisse hätte erwerben können, ist auch nach der Entstehungsgeschichte sowie dem Sinn und Zweck der Vorschrift ohne Bedeutung“, hieß es in der Urteilsbegründung (vgl. Ausgabe [6/13](#)). *th*

im Süden, 46 % Schrumpfung im Osten seit 1990; hier das Einzugsgebiet des wirtschaftlich und demografisch boomenden Münchens, dort die durch wirtschaftliche Transformation, Abwanderung und Geburtenausfall geprägte Provinz Ostdeutschlands. Der demografische Ost-West-Gegensatz ist ein wesentliches Strukturmerkmal der letzten zweieinhalb Jahrzehnte. Zwar ist die Gesamtbevölkerung seit 1990 dank zuletzt deutlich gestiegener Zuzugszahlen leicht gewachsen (1990: 79,8 Mio.; 2012: 80,5 Mio.), regional entwickelten sich die Zahlen – mit Nachteilen für die neuen Bun-

desländer – aber sehr unterschiedlich (vgl. Ausgaben 8/07, 5/07). Dies belegt auch die Gemeindestatistik des Statistischen Bundesamtes. Demnach liegen die 45 am stärksten geschrumpften Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern in den neuen Bundesländern. Der Bevölkerungsrückgang liegt dabei zwischen 18 % und 46 %. Erst auf Platz 46 folgt mit Bremerhaven eine westdeutsche Stadt (-17 %). Absolute Zahlen zeigen allerdings ein differenzierteres Bild. Misst man die demografische Entwicklung der Städte am absoluten Bevölkerungsverlust, befinden sich unter den ersten zehn Städten mit schrumpfender Bevölkerung fünf aus Ostdeutschland (Halle, Chemnitz, Magdeburg, Rostock, Schwerin) und fünf aus Nordrhein-Westfalen (Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum, Wuppertal). Die beiden Spitzenreiter, die ostdeutsche Stadt Halle und die Ruhrgebietsmetropole Essen, verloren seit 1990 80.000 beziehungsweise 60.000 Einwohner. Demografische Schrumpfung ist in Städten im gesamten Bundesgebiet ein Thema.

Städtisches Bevölkerungswachstum: Demografisches Wachstum findet nur in einigen Regionen Deutschlands statt. Von den 665 Städten, die mehr als 20.000 Einwohner haben, verzeichneten laut Volkszählung 2011 424 ein Bevölkerungswachstum, das fast ausschließlich auf Land-Stadt-Wanderung und internationale Migration zurückzuführen ist. Die meisten wachsenden Städte verzeichnete das stark urbanisierte Nordrhein-Westfalen (130), gefolgt von Baden-Württemberg (81), Niedersachsen (54) und Bayern (52). Schlusslichter waren das weniger stark urbanisierte Schleswig-Holstein (11), Sachsen-Anhalt (9), Sachsen (7) und Thüringen (2).

Zu den wachsenden Städten gehörten mehrheitlich (388) die kleineren und mittleren Städte (unter 100.000 Einwohner). In diesen belief sich das Wachstum auf bundesweit 1,3 Mio. Personen. Die kleineren und mittleren Städte im Umland der Metropolen Berlin, Hamburg und München profitieren durch Suburbanisierung („Stadtflucht“) von der Dynamik und Attraktivität der angrenzenden Großstädte. Nur 36 der wachsenden Städte waren Großstädte (über 100.000 Einwohner), hier lag das Wachstum bei knapp 900.000 Personen.

Der zunehmenden Verstädterung stand in den letzten 25 Jahren der Rückgang der ländlichen Bevölkerung gegenüber, allerdings regional sehr ungleich verteilt. Der eindeutige Verlierer war der ländliche Raum in Ostdeutschland. Aber auch strukturschwache Westgebiete wie der Bayerische Wald, das Sauerland oder weite Teile des Saarlands verloren Bevölkerung.

Ausblick: Setzt man diese Entwicklungen in Bezug zu den koordinierten Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, so lassen sich daraus folgende Trends ablesen: Insgesamt wird es mittelfristig eine stagnierende, langfristig eine schrumpfende Bevölkerung in Deutschland geben. Das Ausmaß der Schrumpfung wird wesentlich von der Anzahl neuer Zuwanderer abhängen. Eine proaktive Migrationspolitik kann die Schrumpfung verlangsamen, aber nur bedingt

Kurzmeldungen – Deutschland II

Kritik zum 65. Jahrestag des Grundgesetzes

Bei einer Einbürgerungsfeier anlässlich des 65. Jahrestags des Grundgesetzes hat Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede am 22. Mai Offenheit und gegenseitige Wertschätzung in der deutschen Einwanderungsgesellschaft gefordert. Er wies dabei auf die Herausforderungen für Einheimische sowie für Einwanderer im Umgang miteinander hin und plädierte für ein Deutschland, in dem Zuwanderer als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft aufgenommen werden sollten. Gauck sprach von einem „neuen deutschen Wir“, das die Einheit der Verschiedenen anerkennt, statt Migranten zu „Anderen“ zu machen. Einen Tag später kritisierte der deutsch-iranische Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani beim Festakt im Bundestag den Asylkompromiss von 1993. Mit diesem habe „Deutschland das Asyl als ein Grundrecht praktisch abgeschafft“, sagte er und forderte die Bundesregierung auf, durch die Aufnahme syrischer Flüchtlinge den eigenen Ressourcen entsprechend Verantwortung zu übernehmen und mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten für Nicht-EU-Bürger zu schaffen. *sl*

Interkulturelle Öffnung von Kitas unzureichend

Obwohl Familien mit Migrationshintergrund von Elternbildung in Kindertagesstätten (Kitas) besonders profitieren könnten, werden sie vielerorts noch nicht erreicht. Dies ist das Ergebnis einer am 4. Juni vorgestellten Studie des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Interkulturell offene Elternbildung richtet sich an alle Eltern und nimmt die verschiedenen Familienkulturen und Schichtzugehörigkeiten in den Blick, ist jedoch besonders sensibel für Bedürfnisse von Eltern mit Migrationshintergrund. Die zentralen Voraussetzungen dafür sind jedoch oft nur vereinzelt erfüllt. Nur in jeder zehnten Kita (11,2 %) gibt es spezifische Bildungsangebote für Eltern mit Migrationshintergrund. Deutlich häufiger sind die pädagogischen Fachkräfte interkulturell geschult (52,4 %), können sich Eltern am Alltag beteiligen (64,6 %) oder bestehen lokale Bildungsk Kooperationen (82,8 %). Aber nur jede vierte Kita (27,4 %) erfüllt alle genannten Rahmenbedingungen. Die interkulturelle Öffnung müsse stärker in der Ausbildung, Personalentwicklung und Personalplanung berücksichtigt werden, empfehlen die Autoren. *th*

aufhalten (vgl. Ausgaben 5/10, 10/09). Ein natürliches Wachstum durch einen Geburtenüberschuss und eine aktive Familienpolitik wird es weder kurz- noch mittelfristig geben, da die Jahrgänge potenzieller Eltern vergleichsweise klein und die Geburtenraten niedrig sind. Schrumpfung und Wachstum werden sich gleichzeitig ereignen. Ostdeutschland und strukturschwache Gebiete im Westen schrumpfen weiter, der Einzugsbereich von Großstädten sowie die kleinen und mittleren Städte im Westen gewinnen. Urbane Schrumpfung wird sich weiterhin vor allem im Ruhrgebiet und in den meisten ostdeutschen Städten vollziehen. *Rainer Ohliger, Netzwerk Migration in Europa e.V.*

Gastbeitrag: Integration in den und durch den organisierten Sport

Politik und organisierter Sport haben schon vor 25 Jahren über dessen Potenzial für die kulturelle Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachgedacht. Im Sport sind die Integrationserfahrungen und -möglichkeiten so vielfältig wie in kaum einem anderen Gesellschaftsbereich.

Die öffentliche Debatte um Sport und Integration in Deutschland kreist gern um bekannte Namen wie Mesut Özil, Lukas Podolski oder Jérôme Boateng. Fast immer jedenfalls konzentrieren sich einschlägige Medienbeiträge, Reden und Privatgespräche auf Fußball, längst nicht nur zu WM-Zeiten. Das hat mit dem herausragenden Status der Sportart zu tun und mit ihren unbestreitbar großen integrativen Möglichkeiten. In den Auswahlteams des Deutschen Fußball-Bundes treffen sich zahlreiche Deutsche mit Migrationshintergrund, im männlichen Juniorenbereich sind es schon mal über 50 %. Die besagte Debatte führt das oft auf Vorbildeffekte zurück – Özils Karriere als Versprechen auf Ruhm und soziale Anerkennung.

Sport vereint: Die fußballlastige Diskussion verzerrt die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Selbstverständlich findet Integration durch Sport auch außerhalb des grünen Rasens statt, täglich tausendfach. Der Deutsche Basketball Bund zum Beispiel beziffert den Anteil von Migranten in seinen Kaderteams auf 30-35 %, der Deutsche Boxsport-Verband geht gar von rund 50 % aus, bei den männlichen Nachwuchsteams auch mehr. Zudem beschränkt sich das integrative Potenzial des Sports bei Weitem nicht auf den Leistungssport sowie dessen vermeintliche oder reale Vorbildeffekte. Es offenbart sich eher an der Basis, in der Breite. Im

Sport, zumal im gemeinsam betriebenen, lösen sich Unterschiede aller Art, auch kulturelle, nicht auf; aber sie sind selten ein Merkmal von Differenz. Sport spricht alle Sprachen: das ist Klischee, aber auch Fakt.

Die kulturelle Bremse: Dennoch ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im organisierten Sport relativ gering. Empirische Messungen sind schwierig, Indizien weisen auf knapp 10 % hin, bei rund 19 % in der Gesamtbevölkerung. Der Anteil variiert stark, etwa nach Sportart, Geschlecht, Alter oder sozialer Herkunft. Auch der kulturelle Hintergrund spielt eine Rolle. Nicht nur, dass beispielsweise Fußball türkeistämmigen Jungen näher liegt als Leichtathletik oder Reiten. Schon das Organisationsgebilde deutscher Sportverein mit seinen Abteilungen und Vorständen, Anmeldeformularen und Mitgliedsgebühren ist vielen Migranten fremd. Untersuchungen wie die *Expertise* „Die Partizipation von Migrantinnen und Migranten am vereinsorganisierten Sport“ des Göttinger Sportsoziologen Michael Mutz zeigen, dass etwa muslimische Mädchen und Frauen besonders selten in Vereine eintreten. Dies ist eine Folge religiöser respektive kultureller Normen – und ein Hinweis darauf, dass sich der Sport gezielt und strukturell öffnen muss, um alle Migrantengruppen zu erreichen.

Der Sport wird aktiv: Wenn Migranten sportlich unterrepräsentiert sind, vollziehen sich kulturelle und soziale Integration in Deutschland langsamer als nötig: Darüber waren sich Politik und Sportverbände schon 1989 einig. Vor dem Hintergrund des sich auflösenden Ostblocks legten sie damals ein Programm auf, das sich zunächst an (Spät-)Aussiedler richtete, bevor es auf Migranten allgemein erweitert wurde. Es trägt den Namen „Integration durch Sport“ (IdS), wird vom Bundesministerium des Inneren finanziert und vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) gesteuert. Ziel ist die gegenseitige Annäherung der Landessportbünde bzw. -verbände (LSB/LSV) und sogenannter Stützpunktvereine hier sowie der Zugewanderten dort.

Fußball-WM in Brasilien: Deutschland auf Platz 3

Migration hat im Fußball eine herausragende Bedeutung erlangt. Das Siegerteam Frankreichs 1998 stand mit seiner *Équipe Tricolore* („black, blanc, beur“) für die Einwanderungsvielfalt Frankreichs. Das heutige DFB-Team hat sechs Spieler, die aus eingewanderten Familien stammen (vgl. Ausgabe 6/08). Der Blick auf den internationalen Arbeitsmarkt für Profi-Fußballer zeigt, dass die Teams fast aller in Brasilien beteiligten Nationalmannschaften durch Spieler, die im Ausland ihr Geld verdienen, geprägt sind. Das Bosmann-Urteil des Europäischen Gerichtshofes von 1995, wonach Vereine mehr als zwei ausländische Spieler gleichzeitig einsetzen können (Az. EuGH RS C-451/93), hat in Europa wesentlich zur Liberalisierung des Transfermarktes beigetragen. Nur die russische Nationalmannschaft greift nicht auf Spieler zurück, die außerhalb des Heimatlandes spielen. Aus dem deutschen WM-Team spielen sieben von 23 Spielern als Arbeitsmigranten im Ausland. Die höchste Mobilität weisen die WM-Spieler aus Bosnien-Herzegowina, der Elfenbeinküste, Ghana und Uruguay auf: Nur jeweils einer von 23 Spielern spielt in der heimischen Liga. Insgesamt sind 476 (65 %) aller WM-Spieler als „Fußball-Legionäre“ oder „Gastarbeiter“ des Sports außerhalb ihres Heimatlandes beschäftigt. Von allen WM-Teilnehmern spielen 60 nicht-deutsche Spieler in der Bundesliga. Deutschland liegt damit nach England und Italien auf Platz drei. Der Blick auf diesen internationalen Arbeitsmarkt zeigt sehr anschaulich, wie internationale Migration bei Hochqualifizierten funktioniert, wenn es kaum oder keine Grenz- oder Arbeitsmarktregulierungen und nur geringe Transaktionskosten für Migranten gibt. Und wo stehen die beiden klassischen Einwanderungsländer Australien und die USA? Sie sind für Fußballspieler echte Auswanderungsländer: 14 der 23 US-Spieler sowie 16 Spieler aus dem australischen Team kicken für eine Vereinsmannschaft außerhalb der USA bzw. Australiens. *Rainer Ohliger, Netzwerk Migration in Europa e.V.*

IdS ist nicht die einzige Integrationsinitiative im deutschen Sport. Der DFB unterstützt Projekte verschiedenster Art, darunter das jüngst gegründete interdisziplinäre Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität. Hinzu kommen große und kleine Initiativen anderer Verbände und Organisationen wie etwa „Kickfair“, ein gemeinnütziger Verein, der Bildung durch Straßenfußball vermittelt, oder das Projekt „spin“ („Sport interkulturell“) des LSB Nordrhein-Westfalen, das 6- bis 20-Jährige in Großstädten anspricht, vor allem Mädchen. IdS ist aber das umfassendste und inhaltlich breiteste Projekt in dem Themenfeld. Der Kern des Programms besteht darin, die bundesweit etwa 750 Stützpunktvereine durch ideelle und finanzielle Förderung zur interkulturellen Öffnung anzuregen. Sie findet nicht nur in speziellen Sportangeboten Ausdruck, etwa dem Schwimmkurs für Musliminnen (beziehungsweise für Frauen allgemein), der von einer Frau – im Idealfall einer Muslima – geleitet wird und keine Mitgliedschaft im Verein voraussetzt. Sie manifestiert sich ebenso im Bemühen um Trainer und Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund – der Anteil Zugewanderter in den Vereinsvorständen liegt laut dem (bedingt repräsentativen) Sportentwicklungsbericht 2011/2012 bei 2,7 % – oder in interkulturellen Fortbildungen von Vereinsvertretern. Nahezu alle Stützpunktvereine kooperieren dabei mit anderen Einrichtungen – Kindergarten oder Schule, Integrationsamt oder Migrantinnenvertretung, Industrie- und Handelskammer oder Caritas –, um mehr Menschen zu erreichen und ihr Angebot zu erweitern, etwa um Sprachkurse oder Hausaufgabenhilfe. Das folgt dem Anspruch des Programms, das nicht Integration in den Sport heißt, sondern durch den Sport, also in die Gesellschaft. Denn ohne diesen Anspruch bliebe Özils Versprechen leer. *Nicolas Richter, DOSB*

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Redaktion oder der bpb wieder.

Stabile Zuwanderung in die OECD-Staaten

Zwischen 2008 und 2012 sind jährlich etwa vier Millionen Menschen dauerhaft in die OECD-Staaten eingewandert. Während die Vereinigten Staaten weiterhin das wichtigste Zielland sind, stand Deutschland 2012 erstmals an zweiter Stelle. Dazu trägt vor allem die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten bei.

Unter dem Titel „Steigt Zuwanderung wirklich an?“ beleuchtet ein Ende Mai veröffentlichter Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die dauerhafte Migration in ausgewählte Industrieländer. Als dauerhaft werden dabei solche Migrationsbewegungen bezeichnet, bei denen der Aufenthalt im Zielland mindestens ein Jahr beträgt. Studierende und Saisonkräfte werden nicht einbezogen.

Kurzmeldungen – Europa I

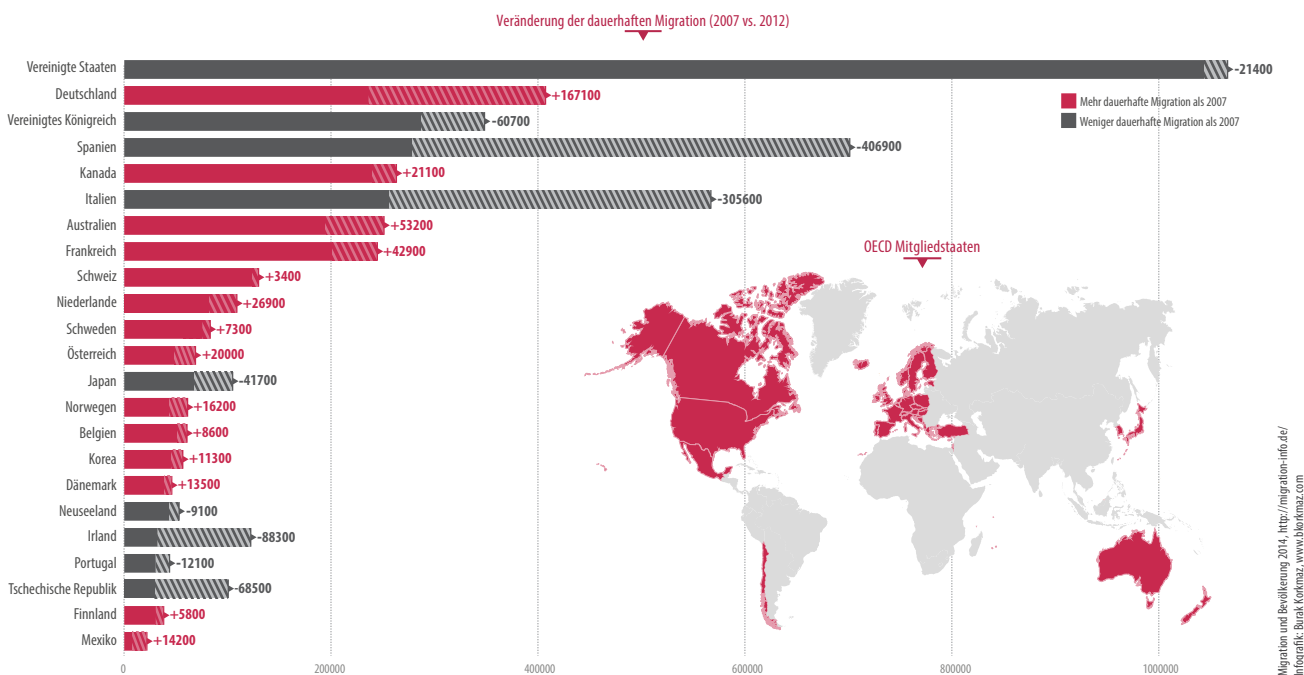
Europawahl 2014: Rechte Parteien gewinnen in Frankreich und im Vereinigten Königreich

Sowohl in Frankreich als auch im Vereinigten Königreich sind europaskeptische Parteien vom rechten Rand die Gewinner der diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament. In Frankreich konnte die rechtsextreme Partei Front National (FN) ein Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Sie lag damit deutlich vor den Konservativen (UMP) und der Sozialistischen Partei (PS) von Präsident François Hollande, die nur rund 20 % bzw. 14 % der Wählerstimmen erhielten. Der FN wird mit 24 Abgeordneten im EU-Parlament vertreten sein. Während sich die Politiker etablierter Parteien angesichts des Wahlerfolgs der Rechtsextremen schockiert zeigten, feierte FN-Parteichefin Marine Le Pen das Ergebnis als eine „Neudefinition des politischen Lebens in Frankreich“. Angesichts des innenpolitischen Rechtsrucks erklärte die französische Regierung, dass sie ihr Vorhaben der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger nicht weiter verfolgen werde. Bereits vor der Europawahl fehlte ihr allerdings die notwendige Mehrheit für eine entsprechende Gesetzesänderung. In Großbritannien feierte die anti-europäische und populistische Unabhängigkeitspartei (UKIP) unter Nigel Farage einen Wahlsieg. Mit ihrem Wahlkampf gegen EU und Einwanderung wurde sie mit rund 27,5 % stärkste Kraft vor der sozialdemokratischen Labour-Partei (25 %) und den konservativen Tories (24 %). Sie entsendet ebenfalls 24 Abgeordnete nach Brüssel. Auch in Belgien, Dänemark, Griechenland, Finnland, den Niederlanden, Österreich, Polen, Schweden und Ungarn erhielten rechtskonservative und rechtsextreme Parteien viele Stimmen. Angesichts dieser Entwicklung warnte die scheidende UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay am 10. Juni vor wachsendem Fremdenhass in Europa, für den auch die „extremistische Rhetorik“ von Politikern verantwortlich sei. *vh*

Österreich: Höchste Zuwanderung seit Anfang der 1990er Jahre

Im vergangenen Jahr kamen so viele Zuwanderer nach Österreich wie zuletzt zu Beginn des Jugoslawienkriegs Anfang der 1990er Jahre. Dies geht aus den am 28. Mai von Statistik Austria veröffentlichten Zuwanderungszahlen 2013 hervor. Demnach zogen im Jahr 2013 151.280 Personen aus dem Ausland nach Österreich, darunter 16.052 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. 96.552 Personen, davon 22.044 Österreicher, verließen das Land. Der Wanderungssaldo lag somit bei 54.728 (2012: 43.797). Davon entfielen etwa zwei Drittel auf EU-Bürger und ein Drittel auf Drittstaatler. Der Wanderungssaldo fiel am höchsten für ungarische Staatsangehörige (8.456), Deutsche (6.759) und Rumänen (5.700) aus. Insgesamt lebten am 1. Januar 2014 1,07 Mio. ausländische Staatsangehörige in Österreich. Das entspricht 12,5 % der Gesamtbevölkerung. Den höchsten Ausländeranteil verzeichnete die Stadt Wien (24,2 %), den niedrigsten das Burgenland (6,8 %). Die meisten Ausländer stammen aus Deutschland, der Türkei und Serbien (vgl. Ausgaben 6/13, 3/13). *vh*

Vergleich der dauerhaften Migration in die OECD-Staaten zwischen 2007 und 2012



Der Analyse zufolge ist die Zuwanderung in die OECD-Staaten im Jahr 2012 gegenüber den Vorjahren stabil geblieben. Nachdem die Zahl der Zuwanderer nach der Jahrhundertwende von etwa 3 Mio. (2000) auf 4,4 Mio. (2007) Menschen angestiegen war, ging sie im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wieder zurück (2008: 4,1 Mio.; 2009: 3,9 Mio.). Seitdem liegt die dauerhafte Zuwanderung in den Industrieländern konstant bei jährlich rund 4 Mio. Menschen und somit rund ein Drittel über dem Wert des Jahres 2000.

Wanderung: Im Jahr 2012 sind insgesamt 1,03 Mio. Menschen in die Vereinigten Staaten eingewandert (2011: 1,06 Mio.). Während in den Jahren zuvor die südeuropäischen Staaten Spanien (2011, 2007) und Italien (2009, 2008) sowie das Vereinigte Königreich (2010) an zweiter Stelle folgten, war 2012 erstmals Deutschland das zweitbeliebteste Zielland von Zuwanderern. Gegenüber 2011 stieg die dauerhafte Zuwanderung nach Deutschland von 290.800 auf 399.900 (+38 %). Die Einwanderung nach Deutschland überstieg in absoluten Zahlen auch die klassischer Einwanderungsländer wie Kanada (2012: 257.900) oder Australien (2012: 245.100). Setzt man jedoch die Zahl der Zuwanderer ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Zielländer, so sind in der Schweiz, Norwegen, Australien und Neuseeland die höchsten Raten zu beobachten.

Im Vergleich der Jahre 2007 und 2012 ging die dauerhafte Zuwanderung in die von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Staaten Spanien (-416.900), Italien (-305.600) und Irland (-88.300) stark zurück. In Deutschland nahm die Zuwanderung im selben Zeitraum (+167.100) deutlich zu (vgl. Ausgaben [7/11](#), [6/09](#)).

Ursachen: Der Anstieg der Zuwanderung nach Deutschland ist auf den Abbau von Hürden beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zurückzuführen. „Man kann hier ohne Übertreibung von einem Boom sprechen“, erklärte OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig. Deutschland sei mittlerweile „zentraler Motor der Migrationsentwicklung in Europa“.

Etwa drei Viertel (75,8 %) der dauerhaften Zuwanderung nach Deutschland basieren auf innereuropäischer Migration im Rahmen der Personenfreizügigkeit, allen voran aus Ostmittel- und Südost- sowie aus Südeuropa, wo die Folgen der Wirtschaftskrise weiterhin spürbar sind. Nur in der Schweiz (77 %) und in Österreich (75,9 %) war der Anteil der Zuwanderung aus EU- und EFTA-Staaten höher. Zuwanderung auf der Basis von Familienzusammenführung spielte in Deutschland vergleichsweise nur eine geringe Rolle (13,7 %), vor allem im Vergleich zu den Vereinigten Staaten (73,6 %). Arbeitsmigration aus Drittstaaten ist insbesondere in Spanien (41 %), dem Vereinigten Königreich (39,3 %) und in Kanada (26,5 %) von Bedeutung.

Vorteile der Zuwanderung: Eine weitere OECD-Analyse unterstreicht, dass Zuwanderung ein Gewinn für die Zielländer ist. Zuwanderer sind demnach zunehmend gut ausgebildet, vor allem in dynamischen Wirtschaftssektoren erwerbstätig und tragen zu einer Verjüngung der Arbeitnehmerschaft bei (vgl. Ausgabe [8/08](#)). Der Anteil von Hochqualifizierten unter europäischen Zuwanderern ist höher als innerhalb der im Inland geborenen Bevölkerung. Schließlich sind – entgegen weit verbreiteter Annahmen – die Steuern und Abgaben, die die Zuwandererbevölkerung einzahlt, weitaus höher als die Sozialleistungen, die ein Teil von ihnen in Anspruch nimmt. *Stefan Alscher*

EU/Türkei: Systematische Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

Verschiedene Nichtregierungsorganisationen dokumentieren erneut zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an der EU-Außengrenze zur Türkei, darunter das systematische Zurückdrängen von Geflüchteten an den Grenzen zu Griechenland und Bulgarien. Während beide Staaten ihre Grenzschutzmaßnahmen weiter verstärken, appellieren die Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen an die Europäische Union, gegen die illegalen Zurückdrängungen vorzugehen sowie das andauernde Sterben von Schutzsuchenden in der Ägäis zu stoppen.

Bulgarien: Aktuelle Untersuchungen von Amnesty International (AI), Human Rights Watch (HRW) und dem bulgarischen Flüchtlingsverein Bordermonitoring Bulgaria weisen darauf hin, dass Zurückdrängungen (sogenannte Push-Backs) seit Anfang 2014 offenbar als gezielte Strategie vom bulgarischen Grenzschutz eingesetzt werden. Dabei werden irregulär einwandernde Personen in die Herkunfts- oder Transitstaaten zurückgedrängt, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Asylantrag zu stellen. Bulgarien verstößt damit gegen geltendes Völkerrecht.

HRW interviewte für seinen [Bericht](#) 177 Schutzsuchende und berichtet von 44 Vorfällen, bei denen 519 Personen ohne die Möglichkeit, ein Schutzgesuch zu stellen, in die Türkei zurückgedrängt worden sein sollen. Bordermonitoring Bulgaria konnte wiederum Fälle [nachweisen](#), in denen auch besonders schutzbedürftige Geflüchtete, wie zum Beispiel schwangere Frauen, von Push-Backs betroffen waren.

Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen liegen zudem [Aussagen](#) von syrischen Geflüchteten vor, die von Polizeigewalt in Bulgarien berichten. Asylsuchende seien außerdem rassistisch angegriffen worden, ohne dass die bulgarische Polizei eingeschritten wäre. AI weist darauf hin, dass die Bedingungen in den bulgarischen Aufnahmeeinrichtungen nach wie vor dramatisch seien: Familien und Einzelpersonen würden in Hallen ohne Privatsphäre untergebracht, in denen Nahrungsmangel und unzureichende hygienische Bedingungen herrschten. Ungeachtet dieser Situation stellte die Bundesregierung im ersten Quartal 2014 insgesamt 629 Gesuche an die bulgarische Regierung, nach Deutschland weitergereiste Schutzsuchende im Rahmen des Dublin-III-Verfahrens an Bulgarien zurück zu überstellen (vgl. Ausgabe [4/13](#)).

Seit November 2013 hat Bulgarien den Grenzschutz mit zusätzlich rund 1.500 Polizeibeamten verstärkt. Zudem wurde mit dem Bau eines 30 Kilometer langen Zauns an der Grenze zur Türkei begonnen (vgl. Ausgabe [9/13](#)). Die EU unterstützte die Grenzschutzmaßnah-

Kurzmeldungen – Europa II

Italien: Hoher Flüchtlingsandrang

An Italiens Küsten sind seit Jahresbeginn [offiziellen Angaben](#) zufolge etwa 50.000 Bootsflüchtlinge gelandet. Dies entspricht der Gesamtzahl des vergangenen Jahres (siehe unten). Die meisten der Einwanderer kamen aus Syrien und Eritrea und wurden auf dem Meer oder an den Küsten aufgegriffen. Allein am Wochenende vom 7./8. Juni rettete die italienische Küstenwache über 3.000 Menschen in Seenot vor Sizilien und Lampedusa. Das italienische Asylsystem ist dem hohen Flüchtlingsaufkommen nicht gewachsen. Die Flüchtlingslager sind meist überfüllt und in einem schlechten Zustand. Seit Monaten fordert die italienische Regierung finanzielle Hilfen von der Europäischen Union sowie eine Reform der europäischen Asylgesetzgebung. Italien [übernimmt](#) am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft. Es ist zu erwarten, dass die europäische Asylpolitik auf die politische Agenda gesetzt wird (vgl. Ausgaben [4/14](#), [1/14](#), [8/13](#)). *th*

Frontex: Zahl illegaler Einreiseversuche gestiegen

Im Jahr 2013 hat die europäische Grenzschutzagentur Frontex 107.000 illegale Einreiseversuche in die Europäische Union registriert. Das geht aus der von Frontex Mitte Mai veröffentlichten [Risikoanalyse 2014](#) hervor, die die Entwicklungen an den EU-Außengrenzen zusammenfasst. Demnach stieg die Zahl entdeckter illegaler Einreisen 2013 gegenüber 2012 um 48 % (2012: 72.500). Die meisten der aufgegriffenen Migranten (52 %) stammten aus Syrien, Eritrea, Afghanistan und Albanien. Die Zahl der registrierten Syrer, die illegal in die EU einreisten, um anschließend einen Asylantrag zu stellen, verdreifachte sich gegenüber 2012. Grund dafür war der anhaltende Bürgerkrieg, der bislang rund drei Mio. syrische Staatsangehörige zur Flucht zwang (vgl. Ausgaben [4/14](#), [10/13](#), [7/13](#)). Die meisten illegalen Einreiseversuche (40.304) wurden im zentralen Mittelmeerraum registriert. Während der ersten Jahreshälfte 2013 verzeichnete Frontex aber auch in Südosteuropa einen deutlichen Anstieg illegaler Grenzübertritte (2012: 6.391, 2013: 19.951; +212 %). Der Anstieg der Festnahmen weist nicht unbedingt auf eine Zunahme illegaler Einreisen hin, sondern kann auch auf umfassendere und effektivere Grenzkontrollen zurückgeführt werden. *vh*

men 2013 mit über 13 Mio. Euro. Für die Verbesserung der Aufnahmebedingungen und des Asylverfahrens in Bulgarien stellte sie 750.000 Euro zur Verfügung.

Griechenland: Auch an der griechisch-türkischen Grenze hat sich die Situation laut AI weiter verschärft. In einem aktuellen [Bericht](#), der an eine im Juli 2013 durchgeführte Studie anschließt, konstatiert die Menschenrechtsorganisation, dass „die Menge glaubwürdiger Beschuldigungen zu Push-Back-Handlungen“ darauf schließen lasse, dass das illegale Zurückdrängen „routinemäßig“ stattfindet. Pro Asyl hatte im letzten Jahr außerdem auf Fälle an der griechischen Land- und Seegrenze [hingewiesen](#), bei denen Geflüchtete von „maskierten Sonderkommandos“ beim Aufgriff

misshandelt, für einige Stunden in Transportwagen inhaftiert und dann völkerrechtswidrig in die Türkei zurückgedrängt worden waren.

Seit der Abriegelung der türkisch-griechischen Landgrenze durch die Entsendung von 1.800 zusätzlichen Polizeikräften in die Evros-Region und der Errichtung eines 10,5 Kilometer langen Sperrzauns im Jahr 2012 hat die Verschiebung der Fluchtroute auf das Ägäische Meer zum Tod von mindestens 230 Schutzsuchenden geführt (vgl. Ausgabe [2/14](#)). Erst im Mai waren in der Ägäis 22 Menschen bei dem Versuch, mit einem Boot in Richtung Griechenland überzusetzen, ertrunken.

Die griechische Regierung will derweil die Überwachung der Grenzen weiter verstärken und noch restriktiver gegen irregulär eingereiste Migranten vorgehen. So veröffentlichte das Ministerium für Schifffahrt und die Ägäis die Ausschreibung für eine Drohne, die künftig als Hilfsmittel eingesetzt werden soll, um Geflüchtete im Grenzgebiet aufzuspüren. Bereits im Oktober letzten Jahres hatte das Europaparlament das seit 2008 vorbereitete Grenzüberwachungssystem Eurosur beschlossen, welches unter anderem den Einsatz von Drohnen und Satelliten an allen EU-Außengrenzen vorsieht (vgl. Ausgaben [9/13](#), [8/13](#), [5/12](#)).

Der griechische Innenminister Giannis Michelakis (Nea Dimokratia, liberal-konservativ) hatte im März zudem eine Änderung des Einwanderungsgesetzes eingebracht, wonach Migranten, die Beamte der Gewalt oder rassistischer Übergriffe gegen sie beschuldigen, inhaftiert und abgeschoben werden sollen, sofern sich die Vorwürfe als falsch herausstellen oder unzureichend belegt werden. Flüchtlingsorganisationen kritisieren diese Neuregelung, weil Migranten mit einer Klage

Spanien verstärkt Grenzschutz in marokkanischen Exklaven

Nachdem Ende Mai zum wiederholten Mal hunderte Menschen die Grenzanlagen nach Melilla überwunden hatten (vgl. Ausgabe [6/13](#)), hat die EU der spanischen Regierung nun 10 Mio. Euro Soforthilfe für die Verfolgung der irregulären Einwanderung in den Exklaven Melilla und Ceuta versprochen. Die Regierung will weitere Sicherheitskräfte in Melilla stationieren und die Grenzbefestigung weiter verstärken (vgl. Ausgabe [3/14](#)). Die spanische Menschenrechtsorganisation Prodein hat Ende April eine Anzeige gegen den Regierungsabgeordneten Spaniens in Melilla und den Chef der Guardia Civil aufgrund der wiederholten völkerrechtswidrigen Zurückweisung von Schutzsuchenden nach Marokko eingereicht. Wie Videoaufnahmen der Organisation zeigen, haben marokkanische Sicherheitskräfte mehrfach spanische Grenzanlagen betreten, um Geflüchtete festzunehmen und sie zurück auf marokkanisches Gebiet zu bringen. In Melilla protestierten derweil circa 200 Syrer für ihre Übersiedlung auf das spanische Festland. Obwohl das Auffanglager in Melilla nur für 480 Personen ausgelegt ist, sind dort zurzeit mehr als 1.800 Menschen untergebracht. *ek*

Kurzmeldungen – Welt I

Südafrika: Strengere Einwanderungsregeln in Kraft

Die südafrikanische Regierung von Präsident Jacob Zuma (Afrikanischer Nationalkongress) will gezielt gegen Visummissbrauch und illegale Einwanderung vorgehen. Vor diesem Hintergrund ist am 26. Mai eine Verschärfung einiger Passagen des Einwanderungsgesetzes von 2002 (vgl. Ausgabe [6/02](#)) in Kraft getreten. So können temporäre Besuchervisa zukünftig nicht mehr in Südafrika in einen längerfristigen Aufenthaltstitel umgewandelt werden. Ein entsprechender Antrag muss stattdessen persönlich bei der südafrikanischen Botschaft oder einem Konsulat im Herkunftsland des Antragstellers eingereicht werden. Zudem werden diejenigen, die ihr Visum überziehen (sog. „Overstayers“), künftig mit mehrjährigen Wiedereinreiseperrnen und hohen Strafgeldern belegt. Ehe- oder Lebenspartner von südafrikanischen Staatsbürgern können fortan erst nach zweijähriger Beziehung einen Antrag auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis stellen. Von der verschärften Gesetzgebung sind vor allem Zuwanderer aus anderen afrikanischen Staaten, insbesondere aus Simbabwe, betroffen, die sich im wirtschaftlich starken Südafrika eine bessere Zukunft erhoffen. Aktuell leben schätzungsweise zwei bis drei Mio. Simbawwer in Südafrika, rund 250.000 erhielten 2011 im Rahmen einer Legalisierungskampagne einen mehrere Jahre gültigen Aufenthaltstitel (vgl. Ausgabe [1/11](#)). *vh*

gegen rassistische oder ungesetzliche Gewalt ihre Abschiebung riskierten. Die Gesetzesvorlage war im ersten Anlauf vom griechischen Parlament abgelehnt worden. Michelakis kündigte jedoch an, die Regelung erneut ins Parlament einzubringen.

Forderungen: Die Nichtregierungsorganisationen fordern Bulgarien und Griechenland auf, die Push-Back-Operationen sofort zu beenden und legale Einreisewege für Geflüchtete zu gewährleisten. Ferner drängen die Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen darauf, Dublin-Überstellungen nach Bulgarien auszusetzen, wie dies bereits für Geflüchtete gilt, die über Griechenland nach Deutschland eingereist sind. Auch sei die EU gefordert, weitere Schritte gegen die Menschenrechtsverletzungen an ihrer Außengrenze einzuleiten. Die mit der im Mai vom EU-Rat angenommenen Seeaußengrenzenverordnung (VO 2013/0106(COD)) verbundene Regelung, Push-Backs innerhalb der 12-Meilen-Zone zur Schleuserbekämpfung zu legalisieren, sei dabei hinderlich. Statt die Operationen eindeutig zu untersagen, werde damit weiterer Auslegungsspielraum für die Grenzstaaten eröffnet (vgl. Ausgabe [4/14](#)). Positiv aufgenommen wird hingegen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Bulgarien, das im April aufgrund mutmaßlicher völkerrechtswidriger Zurückdrängungen syrischer Geflüchteter von der Europäischen Kommission eingeleitet wurde. *Ellen Kollender*

Irak: Über eine Million Menschen auf der Flucht

Der Vormarsch der radikal-islamischen ISIS-Milizen und eskalierende Kampfhandlungen in weiten Teilen des Iraks treiben immer mehr Menschen in die Flucht. Hilfsorganisationen schätzen die Zahl der Flüchtlinge auf bis zu 1,2 Millionen.

Hintergrund: Seit Anfang des Jahres dringt die radikal-islamische Miliz „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ (ISIS) von Syrien ausgehend immer weiter in den Irak vor. Die unter anderem von deutschen und amerikanischen Geheimdiensten als Terrororganisation eingestufte Gruppierung ging aus der 2003 gegründeten Widerstandsgruppe „Tawhid und Dschihad“ hervor, die gegen den US-amerikanischen Militäreinsatz im Irak kämpfte. Sie zielt auf die Errichtung eines sunnitischen „Gottesstaates“ im Nahen Osten. Dazu nutzt sie das machtpolitische Vakuum im multiethnischen Irak, das die US-amerikanische Armee nach ihrem Abzug 2011 hinterlassen hat, und rückt in Richtung der irakischen Hauptstadt Bagdad vor. Dabei hat die islamistische Miliz bereits zahlreiche Städte und strategisch wichtige Gebiete im Norden des Landes erobert, darunter auch die zweitgrößte Stadt des Landes, die Dreimillionenmetropole Mossul. Dort haben die Extremisten 49 Mitarbeiter des türkischen Konsulats entführt. Daneben sollen auch zahlreiche ausländische Arbeiter verschleppt worden sein, heißt es in Medienberichten.

Die Dschihadisten sollen inzwischen bereits mehr als ein Viertel des irakischen Staatsgebiets kontrollieren. Auf ihrem Vormarsch liefern sie sich schwere Gefechte mit der irakischen Armee und den als Peschmerga bekannten kurdischen Elite-Truppen. Bislang konnten die Islamisten nur punktuell gestoppt werden. Der irakischen Armee wird Versagen im Kampf gegen die ISIS-Truppen vorgeworfen. Als Konsequenz hat Regierungschef Nuri al-Maliki (Islamische Dawa-Partei) bereits mehrere ranghohe Militärs entlassen. Augenzeugen berichten von immer mehr Deserteuren in den Reihen der irakischen Streitkräfte.

Flucht: Die ISIS-Offensive schürt die Angst vor einem erneuten Bürgerkrieg zwischen den Sunniten und der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak. Hilfsorganisationen warnen vor einer humanitären Krise. Nach Angaben der Organisation Ärzte ohne Grenzen sind bereits 1,2 Mio. Menschen vor den Kämpfen auf der Flucht. Allein aus der 350 Kilometer nördlich von Bagdad gelegenen Stadt Mossul, die am 10. Juni von ISIS-Kämpfern eingenommen worden war, sollen eine halbe Million Iraker geflohen sein, berichtet die Internationale Organisation für Migration (IOM). Das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) bezieht die Zahl der Vertriebenen in der großen Wüstenprovinz Al-Anbar auf 480.000. Hier haben die Dschihadisten bereits seit Januar die Stadt Falludscha sowie Teile der Provinzhauptstadt Ramadi in ihrer Gewalt. Vor allem in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak

Kurzmeldungen – Welt II

Jemen: Bericht belegt Folter von Migranten

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat am 25. Mai einen Bericht vorgestellt, in dem die systematische Verfolgung und Folter von Migranten durch Schmugglerbanden im Jemen belegt wird. Der Bericht basiert auf Aussagen von Boatpeople, Menschen-smugglern, Regierungsbeamten und Journalisten, die HRW zwischen Juni 2012 und März 2014 gesammelt hat. Demnach werden Migranten oftmals von Schmugglern gewaltsam in Lagern festgehalten, um Lösegeld von ihren Familien zu erpressen. Der Bericht dokumentiert zahlreiche Misshandlungen, Vergewaltigungen und Todesfälle. Unterstützt würden die Schmuggler von jemenitischen Sicherheitsbeamten und Militärs, die ihnen die ankommenden Boatpeople „verkaufen“ und nicht gegen die „Foltercamps“ der Schmugglerbanden vorgehen. Es herrsche ein Klima der Straflosigkeit, beklagt HRW. Seit 2010 haben 337.000 Menschen die riskante Überfahrt vom Horn von Afrika in den Jemen gewagt, um von dort weiter in die Golfstaaten zu reisen. Die meisten kommen aus Äthiopien und Somalia und hoffen, in den Golfstaaten Arbeit zu finden. Aktuell arbeitet die jemenitische Regierung an einem Gesetz zur Bekämpfung des Menschenschmuggels (vgl. Ausgabe 1/13). *th*

USA: Studie zweifelt an Bedarf zusätzlicher Fachkräfte

Das in Washington ansässige einwanderungskritische Center for Immigration Studies (CIS) hat Anfang Mai eine Studie veröffentlicht, in der es zu dem Schluss kommt, dass in den USA kein Bedarf an zusätzlichen Fachkräften in den sogenannten STEM-Bereichen („Science, Technology, Engineering and Math“) herrscht. Auf der Grundlage von Daten des American Community Survey (vgl. Ausgaben 4/14, 5/12, 8/09) zeigen die Autoren, dass insgesamt 12,1 Mio. Personen in den USA zumindest im College STEM-Fächer studiert hatten. In den STEM-Bereichen sind hingegen insgesamt nur 5,3 Mio. Beschäftigte tätig. Viele qualifizierte Arbeitskräfte seien daher gezwungen, in anderen Bereichen zu arbeiten, darunter auch Zuwanderer mit Abschlüssen in den genannten Disziplinen. Auch die Analyse der Lohnentwicklung zeige, dass von einem Mangel an Arbeitskräften keine Rede sein könne. Die niedrigen Lohnzuwächse würden auf einen Arbeitnehmerüberschuss hinweisen, heißt es in der Studie. Arbeitgebervertreter hatten sich in der Vergangenheit hingegen für eine gezielte Anwerbung von STEM-Fachkräften ausgesprochen. *sta*

suchen viele Menschen Schutz. Dort leben aber schon etwa 220.000 Flüchtlinge aus Syrien, die Flüchtlingsunterkünfte sind bereits jetzt überfüllt. Es fehlt an finanziellen Mitteln, sauberem Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten. Der Irak zählte bereits vor dem Vormarsch der ISIS-Truppen weltweit zu den zehn Ländern mit dem höchsten Flüchtlingsaufkommen (vgl. Ausgabe 6/13).

Aktuelle Entwicklungen: Derweil haben die Islamisten Verhaltensregeln für die Bewohner in den von ihnen besetzten Gebieten veröffentlicht, die ihr Ziel

der Wiedereinrichtung eines islamischen Kalifats unter Scharia-Recht unterstreichen. Dementsprechend soll Dieben die Hand abgehakt werden, Frauen müssen sich verhüllen und dürfen nur im Ausnahmefall das Haus verlassen. Angesichts der Entwicklungen im Irak warnen die Vereinten Nationen (UN) vor einem Krieg, der sich auf die gesamte Region ausweiten könnte. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte: „Es gibt die echte Gefahr weiterer konfessioneller Gewalt in enormem Maßstab im Irak und jenseits seiner Grenzen.“
Vera Hanewinkel

Infothek

Tipp aus der Redaktion

Ryad Assani-Razaki: **Iman**. Wagenbach Verlag 2014. 22,90 €. www.wagenbach.de
Ville Tietäväinen: **Unsichtbare Hände**. Avant Verlag 2013. 34,95 €. www.avant-verlag.de
Der Roman „Iman“ des Frankokanadiers Ryan Assani-Razaki und der Comic „Unsichtbare Hände“ des Finnen Ville Tietäväinen vermitteln ein differenziertes Bild davon, warum sich viele Flüchtlinge in Europa ein besseres Leben erhoffen und sich auch von den besten Grenzschutzmaßnahmen nicht abschrecken lassen werden. In ihrer beeindruckenden Authentizität verleihen die beiden Bücher dem Faktenwissen der Sachbücher, Dokumentationen und Studien etwas erschütternd Konkretes und rücken die Schicksale derjenigen, die fern von der Wirklichkeit der meisten Leser ihr Leben riskieren, in den Vordergrund.

Komplette Rezension unter www.migration-info.de

Veranstaltungen

Fachkonferenz: **Fachkräftebedarf und Willkommenskultur. Impulse für eine nachhaltige Migrations- und Arbeitsmarktpolitik**

Termin: 25.06.2014, von 9 bis 16.30 Uhr

Ort: Haus der Wirtschaft, Willi-Bleicher-Straße 19, 70174 Stuttgart

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung - Bundesstiftung Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg

Weitere Informationen: www.boell-bw.de

Konferenz: **Doing Deportation. Moral und Kontinenz in der Abschiebepaxis**

Termin: 17. bis 19.07.2014

Ort: Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung, Baden-Württemberg e. V., Wiesneckstraße 6,

79256 Buchenbach bei Freiburg

Veranstalter: Freiburger Netzwerk für Migrationsforschung, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Weitere Informationen: www.freinem.uni-freiburg.de

Veröffentlichungen

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück/Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Wahlrecht und politische Partizipation von Migranten in Europa**. Kurzdossier Nr. 26. Focus Migration. Mai 2014. Autor: Kees Groenendijk. ISSN 1864-5704.

In Deutschland haben bislang nur EU-Staatsangehörige das Recht, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Drittstaatsangehörige sind von der Wahlteilnahme ausgeschlossen. In vielen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union ist dies nicht der Fall. Welche Länder erlauben auch Nicht-EU-Ausländern die Wahlteilnahme und unter welchen Voraussetzungen? Welche Argumente sprechen für und gegen das kommunale Ausländerwahlrecht?

Kostenlos abrufbar unter www.bpb.de

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention**.

Schriftenreihe Band 1407.

Autoren: Rauf Ceylan, Michael

Kiefer. Februar 2014. Bestell-Nr.

1407. 4,50 €. **Kostenlos abrufbar unter www.bpb.de**

Stefan Alscher, Axel Kreienbrink (Hg.): **Abwanderung von Türkeistämmigen. Wer verlässt Deutschland und warum?** Juni 2014. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Kostenlos abrufbar unter www.bamf.de

Jonas Koudissa: **Ethik und Migration. Das afrikanische Flüchtlings- und Migrationsproblem. Eine Herausforderung für Europa und Afrika**. Aschendorff Verlag 2014. 48,- €. ISBN 978-3-402-10639-6. www.aschendorff-buchverlag.de

Yeliz Yildirim-Krannig: **Kultur zwischen Nationalstaatlichkeit und Migration. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel**. Transcript Verlag 2014. 29,99 €. ISBN 978-3-8376-2726-8. www.transcript-verlag.de

Weitere Literatur- und Veranstaltungshinweise finden Sie auf unserer Website www.migration-info.de



Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin

E-Mail: mub@migration-info.de; ISSN: 1435-7194

Redaktion: Vera Hanewinkel (verantw., vh), Thomas Hummitzsch (verantw., th), Stefan Alscher (sta), Marcus Engler (me), Janne Grote (jg), Ellen Kollender (ek), Stephan Liebscher (sl), Ulrike Pape (up), Fatma Rebeggiani (fr), Antje Scheidler (as), Jan Schneider (js), Dita Vogel (dv), Sybil Volks (sv)

Redaktionsschluss: 19.6.2014 **Bestellung:** <http://www.migration-info.de/newsletter>

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ erfolgt in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.